

Fragen:

1. Sehen Sie in der Medienkonzentration ein Problem, dem entgegengewirkt werden muss?

Die Medienkonzentration ist eine direkte Folge der immer grösseren Medienvielfalt im Internet. Sie würde erst dann zum Problem, wenn die Meinungsvielfalt nicht mehr gegeben ist. Unserer Einschätzung nach ist das zurzeit nicht der Fall. Die Medienkonzentration führt zudem auch dazu, dass Lokal- und Regionalmedien – mit einem nationalen Mantelteil versehen – erhalten bleiben. Der Markt regelt das Problem gut – er braucht klare Rahmenbedingungen und keine staatliche Eingriffe.

Sind für eine direkte Förderung der Presse?

Nein, unter keinen Umständen. Direkte Presseförderung führt zu einer Übermacht des Staates. Die Medienfreiheit ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie, weil die Medien eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber der Politik und dem Staat wahrnehmen. Deshalb muss der Staat sich aus dem Mediengeschäft heraushalten.

2. Sollten Medienunternehmen gesetzlich gezwungen werden, ihre Besitzverhältnisse offen zu legen?

Für Medienunternehmen sollen genau die gleichen Regeln gelten wie für alle anderen Unternehmen auch. Wo die Offenlegung der Besitzverhältnisse nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, soll dies weiterhin so bleiben. Weitergehende Regelungen sind abzulehnen.

3. Sollte der Artikel 293 des Strafgesetzbuches (Veröffentlichung amtlicher geheimer Verhandlungen) abgeschafft werden?

Sicher nicht. Die Alternative wäre, alle Verhandlungen öffentlich zu führen, was die FDP ebenfalls ablehnt.

4. Sollten Journalisten ihre Parteizugehörigkeiten offen legen müssen?

Nein.

5. Sollte die SRG im Internet werben dürfen?

Nein. Service public ist für die FDP diejenige Leistung, die mit staatlichen Mitteln erbracht wird, weil sie der Markt nicht erbringen kann. Das ist die Versorgung der Sprachregionen insbesondere mit Information, Kultur und Sport. Wo die SRG mit staatlichen Mitteln die privaten Anbieter direkt konkurriert (also im Internet), darf sie nicht werben – sonst würde sie eine massive Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten Anbietern auslösen. Zudem würde dadurch das Radiowerbeverbot unterlaufen.

6. Sind Sie für eine deutliche Senkung der SRG-Gebühren?

Der Gebührentopf wird absolut gesehen immer grösser, weil die Bevölkerung ständig wächst. Die SRG muss mit den heutigen Mitteln effizienter werden. Bei der Bemessung der Gebühren sind die zusätzlichen Einnahmen durch die gewachsene Bevölkerung zu berücksichtigen.

7. Welches (der genannten Themen oder ein anderes) ist Ihr grösstes medienpolitisches Anliegen in der kommenden Legislatur?

Keine weitere Regulierung im Medienbereich und mehr Wettbewerb durch eine präzisere Definition des Service public und des SRG-Leistungsauftrags.

8. Wie bewerten Sie die Qualität der politischen Berichterstattung in der Schweiz?

Generell ist die Qualität und der Ausbildungsstandard (Rucksack, welchen die Journalisten mitbringen) eher sinkend. Ein grosses Problem ist, dass weite Teile der Medienlandschaft in der politischen Berichterstattung dem Mitte-Links-Mainstream huldigen und die Tendenz haben abzuschreiben, statt kritisch und eigenständig zu recherchieren. Dies zeigte sich in der zu Ende gehenden Legislatur z.B. bei der Minder-Initiative, in der Debatte um den Atomausstieg oder in der Finanzkrise und bei der Waffeninitiative.